

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marwald, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Sarbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schöber, Magdeburg. Geschäftsstelle: Latzowstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 981. — Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirtohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplar 2.50 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insektionsgebühr die jeweils gültige Zeitungsliste 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7839

Nr. 157.

Magdeburg, Mittwoch, den 9. Juli 1902.

13. Jahrgang.

Die parlamentarische Accordarbeit ist — Mordarbeit.

Die Zolltarif-Kommission bekommt Diäten oder richtiger — einen Accordlohn von 2000 Mark für jedes Mitglied, so bald die Beratungen zu Ende sind. Schlan hatten die Regierung und die Mehrheitsparteien angenommen, daß diese Kaufsumme die Kommissionsmitglieder dazu anreizen würde, recht schnell fertig zu werden, um sich den Accordlohn geschwind zu verdienen. Sicher glaubte man, mit der Leidenschaft des Reichsamts des Innern würde sich die Zolltarif-Kommission auf die Beute stürzen und bares Geld den „Freuden“ der Beratung in den Hundstagen vorziehen. Doch ach, — es hat nichts geholfen. Die 2000 Mark haben auf die Vertreter des Proletariats nicht den mindesten Eindruck gemacht und die Genossen Wandert, Reichhaus, Wolfenbüttel und Stadthagen verhandeln mit einem Eifer, als seien 2000 Mark für sie nicht mehr wert, als für Krupp ein Silberling.

Entrüstet läßt sich die nationalliberale „Köln. Ztg.“ aus der Zolltarif-Kommission depechieren:

Will man ein drastisches Urteil über die heutige Zolltarif-Verhandlung abgeben, so könne man sagen: Man hat von 9 Uhr 20 Minuten bis 2 Uhr 30 Minuten leeres Stroh gedroschen, und niemals, solange der deutsche Parlamentarismus zusammen ist, hat es eine ausgesprochene Minderheit gewagt, in so rücksichtsloser Weise die kostbare Zeit der Mehrheit und der Bundesvertreter in Anspruch zu nehmen, wie heute. Von den 5 Stunden und 10 Minuten, die man zusammenfaßt, haben die Sozialdemokraten genau gerechnet 4 Stunden und 10 Minuten für sich in Anspruch genommen, und der ehemalige Wirkmeister und jetzige Gastwirt in Wolda, Herr Wandert, war dreist genug, für einen Zeitraum von 3 Stunden und 33 Minuten aufmerksame Zuhörer für seine ewig gleichbleibenden Auseinandersetzungen zu verlangen, während der Rest der 37 Minuten sozialdemokratischer Reden sich fast gleichmäßig auf die Herren Stadthagen, Wolfenbüttel und Wolfenbüttel verteilte.

Es ist erfreulich, daß unsere Genossen sich nicht abhalten lassen, so „dreist“ zu sein, in „rücksichtsloser“ Weise für eine gründliche Beratung des Zolltarifes zu sorgen. Wenn die „Köln. Ztg.“ übrigens die freihändlerischen Meinungsäußerungen unserer Genossen als leeres Stroh bezeichnet, so ist die konservative „Kreuzzeitung“ ganz anderer Meinung, denn sie schreibt in ihrem Wochenbericht: „Scheitert aber das Werk an der Abneigung, der Landwirtschaft in gleicher Weise wie der Industrie den zu ihrer Existenz notwendigen Zollschutz zu gewähren, so wird — das ist unsere feste Meinung — für die Konservativen Grund genug gegeben sein, auf die Rückkehr zum uneingeschränkten Freihandel hinzuwirken.“

Wie wenig Vorteil die parlamentarische Accordarbeit den Interessenten des Brotwunders liefert, bewies auch eine Rede, die am Sonntag auf dem „Ersten niedersächsischen Bauerntag“ in Hannover von dem mit Herrn Reichstags-Abgeordneten Dr. Schaneng befreundeten bekannten antisemitischen Agrarier Grafen Reventlow gehalten wurde. Der Herr Graf behandelte das Thema: „Der gegenwärtige Stand der Zolltarif-Verhandlungen und die zukünftigen Handelsverträge.“ Ueber diesen Vortrag berichtet die „Deutsche Tageszeitung“ des Bundes der Landwirte:

Zum ersten Teil erklärte der Herr Vortragende, daß die Verhandlungen jetzt auf einem toten Punkt angelangt seien und daß dieser tote Punkt so bald auch nicht verlassen würde. Es sei sehr zweifelhaft, ob die Arbeiten der Kommission bis zum Herbst zum Abschluß gebracht werden können. Sollte dies aber der Fall sein, so werde hoffentlich der Entwurf dahin verschwinden, wohin er gehört. Die Folge werde ein erbitterter Wahlkampf im nächsten Jahre sein, bei dem die Parole laute: „Schutz der nationalen Arbeit“, auf der anderen Seite „Brotwucher und Brotverteurer“. Sache der Freunde der Landwirtschaft wie des gesamten Mittelstandes werde es dann sein, mit allen Halben und falschen Freunden aufzukommen, damit die Regierung sieht, wohin sie mit ihrer verkehrten Wirtschaftspolitik kommt. In humoristischer Weise gliedert der Vortragende die Verprechungen der Regierungsvertreter und ihre nachherigen Maßnahmen, beleuchtete das in der Kommission wiederholt den Mitgliedern entgegengehaltene „Unannehmbar“ seitens der Regierungsoberreiter und kommt dann auf die Gestaltung der künftigen Handelsverträge zu sprechen. Hierzu führt er aus, daß dieselben vermutlich einen großen Schutz der Industrie enthalten, dagegen für die Landwirtschaft nur recht herzlich wenig Gutes enthalten würden. Damit werde vielleicht unsere deutsche Industrie noch einige Jahre über Wasser gehalten, bis dann auch die Zeit kommen werde, wo infolge der Erschöpfung der ausländischen Industrie unsere deutsche Industrie elendiglich zu Grunde gehen muß.

Also auch der Agrarier, der allgemeinen Beifall fand, war davon überzeugt, daß ein Zustandekommen des Tarifs in dieser Session nicht möglich sei, daß also auch die gütig gespendete Löhnung für die Mitglieder der Zolltarifkommission keine Erfolge bieten würde.

Ebenso skeptisch hat sich über die Aussichten des Zolltarifs ein Centrumsmittglied der Zolltarif-Kommission, der Abgeordnete Sittart geäußert. Er erklärte, daß nach seiner

Ueberzeugung aus der jetzigen Zollvorlage ein fester Zolltarif nicht zustande kommen werde. Die Schwierigkeiten seien tatsächlich viel größer, als es selbst die Verhandlungen der Kommission erkennen ließen.

Also auch die Herren im Centrum haben keine Hoffnung mehr, daß die 2000 Mark einträglich sein werden. — Mit den Zolltarif-Kommissions-Diäten hat man sich also gründlich bliamiert.

Und um diese Blamage einzuhandeln, hatte der Reichstag auf seine grundsätzliche Forderung der Einführung allgemeiner Diäten für die Reichstagsabgeordneten verzichtet. Unsere Parteigenossen hatten — wie gerade angeführt der tragikomischen Klagen der „Kölnischen Zeitung“ und anderer regierungsfreundlicher Organe erinnert sein mag — den Antrag gestellt, allen Reichstagsabgeordneten für alle Tage, an denen sie an den Sitzungen des Reichstages teilnehmen, 20 Mark Diäten zu bewilligen und hieron nur diejenige Summe abzugreifen, welche ein Abgeordneter etwa als Mitglied eines deutschen Landtages bezieht. Außerdem sollte wieder während der Reichstagstagung und 8 Tage vor wie nachher die freie Eisenbahnfahrt auf allen deutschen Eisenbahnen eingeführt werden, welche jetzt nur für die Strecke von dem Wohnort des Abgeordneten nach Berlin gilt.

Doch jetzt hatte die Parole: „Den Kerls auch noch Diäten!“ bei der Reichstagsmehrheit selbst Anhänger gefunden. Der Zolltarif galt den Mitgliedern der Mehrheit selbst als eine hinreichend einträgliche Vergütung. Die Interessenten des Zolltarifs bedürfen keiner Diäten.

So hatten denn neben Fürst Herbert Bismarck, den Konservativen und der Reichspartei, auch die Centrumspartei und die Nationalliberalen — bisher ihren Worten nach entschiedene Anhänger der Diäten — den Antrag unserer Genossen zu Falle gebracht. Diese Parteien haben es verschuldet, daß man nicht nur denjenigen Abgeordneten, welche kein Privatvermögen haben, persönliche Entbehrungen auf Lebenszeit, sondern auch die Freiheit der Wahlberechtigung zur Ehrenlosigkeit verdammt ist. Ein ewig streifende Volksberührung!

Diesen „Streifbrüdern“ hat man nun für den Zolltarif-Kommission den Accordlohn gesichert; sie werden aber bei Beginn der Reichstagstagung nicht fertig sein; sie werden dann die 2000 Mark einstreichen und mit leeren Händen kommen.

Nennt man die Accordarbeit eine Mordarbeit, weil sie den Arbeiter tötet, — in diesem Falle vernichtet sie das Werk, zu dessen Produktion sie eingesetzt wurde. Und die Wähler des Jahres 1903 werden diesem halb begonnenen Stückwerk den letzten Todesstoß verleihen. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 8. Juli 1902.

Die Bayreuther Reichstagswahl.

Heute liegt das amtliche Wahlergebnis in folgender Form vor:

Bei der am 3. Juli vorgenommenen Reichstags-Erwahlwahl im Wahlbezirk 2 Bayreuth entfielen von 13 874 abgegebenen gültigen Stimmen auf den Schneidermeister Karl Fugel in Bayreuth (Soz.) 5 498 Stimmen, auf den königl. Deconomierat August Hagen in Bayreuth (natl.) 3 911, auf den Landwirt Christian Feustel in Langenbrück (V. d. L.) 3 286 und auf den Kaufmann und Stadtverordneten Oskar Günther in Mauen (Freis. Wp.) 1 164 Stimmen. Zwischen den ersten beiden findet also Stichwahl statt. Dieselbe ist auf den 11. Juli festgesetzt.

Wir haben gegen 1898 1287 Stimmen, gegen 1900 761 Stimmen gewonnen, während die bürgerlichen Parteien an 800 Stimmen verloren haben. — Es sei noch einmal erwähnt, daß im Jahre 1898 abgegeben wurden: 4211 sozialdemokratische, 6424 nationalliberale und 2314 freijünger-volksparteiliche Stimmen. — Die Masse des Proletariats jenes Wahlfreies folgte unserer Partei schon damals, aber — wie in so vielen Gegenden — waren jene „gebildeten“ proletarischen Schichten, wie die Handlungsgehilfen, die mittleren Regierungs-, Staats- und Gemeindebeamten, — welche noch mit der Bourgeoisie in privatem Verkehr stehen — geneigt, ihren nationalliberalen Feinden Horesfolge zu leisten. Ebenso folgten dem Nationalliberalen außer der städtischen Bourgeoisie die Grundherren und Bauern, da die Herren „Liberalen“ ja den agrarischen Forderungen entschieden Rechnung trugen.

Der Mittelstand in den Städten, in welchen die kleinen Kaufleute den Ton angaben, folgte der freijünger-volkspartei und half — wie die freijüngerigen zumeist — den nationalliberalen Brotverteuerern in der Stichwahl zum Siege, so daß unsere Partei bei dem zweiten Wahlauge nur 5994, die Gegner 9144 Stimmen erhielten.

Als sich im Jahre 1900 eine Nachwahl nötig machte, verstanden es die begüterten Bürger Bayreuths, die Philister durch die Furcht vor dem roten Gespenst derart für sich einzunehmen, daß von vornherein jede andere gegnerische Kandidatur als die der Nationalliberalen unterblieb. Diesmal siegten die Herren — welche jetzt auch die Vorliebe der süddeutschen Abart der proletarischen Kriegervereiner für die damals aktuelle Festschreibererhebung zur Bewinnung des rückständigen Teils der Wähler aus der Arbeiterklasse benutzten — mit 9195 Stimmen, während unsere Partei es auf 4735 Stimmen brachte.

Der Kampf um die Zollpolitik hat es diesmal den Nationalliberalen schwerer gemacht. Unsere Partei hat durch den drohenden Zollwucher aufs neue bei den breiten Massen gewonnen und der städtische Mittelstand hatte wieder seinen freisinnigen Kandidaten bemüht. Andererseits ging von besonders hypothekenbelasteten Großgrundbesitzern eine extrem-agrarische Agitation aus, welcher die großen und kleinen Landwirte folgten, also für einen bündelischen Kandidaten stimmten.

Nicht nur die Agrarier, sondern auch die Freijüngerigen haben das Geft in der Hand. Würden die Freijüngerigen noch etwas auf politisches Ansehen geben, so würden sie einmütig für unsere Partei gegen die nationalliberalen Schützgöllner eintreten, aber leider ist der Haß gegen die Sozialdemokratie bei den deutschen Spießbürgern aller Gauen größer als der Bestand. —

Tierärzte müssen nun das Abiturientenexamen machen.

Der Bundesrat hat jetzt einen Beschluß gefaßt und im „Rechts-Anzeiger“ veröffentlicht, wonach künftig nur noch Abiturienten von Gymnasien, Realgymnasien und Oberschulen, die letzteren ohne die für Mediziner vorgeschriebene Prüfung im Lateinischen zum Studium der Tierarznei am Lande.

Diese Neuerung hat ihren Ursprung nicht in der Regierung sondern im Reichstag. Die Regierung hatte sich sogar — wie anerkannt werden muß — anfänglich energisch gegen diese Maßnahme gesträubt. Den Tierärzten lag aber daran, höher für ihre Tätigkeit bezahlt zu werden und sich Konkurrenz möglichst fernzuhalten. — Die Arbeiter, die — wie z. B. in Quedlinburg — ein wenig Vieh halten, werden also durch das „Fernhalten des Zugrugs“ zu dem Beruf der Tierärzte geschädigt. — Trotzdem waren unsere Parteigenossen die einzigen Gegner dieser Maßnahme, welche auch den Leuten aus minder bemittelten Familien, die aus Geldmangel das Abiturientenexamen nicht machen können, die Möglichkeit raubt, Tierärzte zu werden. — Es ist bezeichnend, daß außer der gesamten Rechten auch die Antisemiten, das Centrum, die Nationalliberalen und die freijüngerigen Volkspartei die schädliche Reform verlangten.

Uebrigens wollten Herbert Bismarck und die Konservativen auch die Abiturienten der Oberrealschulen im Gegensatz zu den anderen höheren Schulen vom tierärztlichen Beruf ausschließen, um das tierärztliche Gewerbe zu einer möglichst einträglichsten Einnahmequelle reicher Leute zu machen. Unsere Genossen waren ausschlaggebend, um diesen weitgehenden Vorschlag zu verhindern. —

Ein Weißbuch

Ist am Sonnabend im englischen Parlamente ausgegeben worden. Es macht dem frevelhaften Spiele ein Ende, welches die raubgierige Spekulantemoral auch weiterhin mit politischer Selbstbestimmungsrechten der Kapkolonie treiben wollte.

Der wesentliche Inhalt des Weißbuches besteht in der Depesche Chamberlains an den Gouverneur der Kapkolonie Hutchinson, durch welche dessen Ersuchen um Aufhebung der Verfassung glatt abgelehnt wird. Chamberlain bemerkt darin, daß die Suspendierung der Verfassung einer verantwortlichen verwalteten Kolonie ohne Beispiel sei und nur durch einen Akt des Reichsparlaments möglich gemacht werden könne. Ueberdies habe nur die Minderheit der Mitglieder des Kap-Parlaments die Petition unterzeichnet und seien alle Minister der Kolonie dagegen. Ein Suspenditionsgezet sei erforderlich, um die während des Kriegszustandes getroffenen Anordnungen zu funktionieren und die Ausgaben nachträglich zu bewilligen, welche ohne Ermächtigung des Parlaments gemacht seien. Die Reichsregierung gebe sich der Hoffnung hin, daß das Kapparlament jegliche Bitterkeit und jeglichen Rassenzwist bei der Erörterung dieser Fragen verneiden werde in Erkenntnis dessen, daß gegenseitige Beschuldigungen bezüglich des Vergangenen zu nichts Gutem dienen könnten. Die Reichsregierung sei der Ansicht, daß die zeitweilige Aufhebung der Verfassung ohne Befragung der gegenwärtigen Volksvertretung nicht zur Bewichtigung des Rassenhasses, sondern

„Ungeteilte“ Schulzeit.*)

I.

Seit einiger Zeit macht sich in verschiedenen Städten unter der Lehrerschaft das Bestreben geltend, auf Abschaffung des Nachmittagsunterrichts und Zusammenlegung der Unterrichtsstunden auf den Vormittag hinzuwirken. Bei diesem und jenem pädagogischen Handwerker mag hierbei der Wunsch maßgebend sein, sich selbst auf Kosten der Schüler freie Nachmittage zu verschaffen; bei anderen spielt vielleicht in etwas naiver Weise das Bestreben mit, auch in dieser nebensächlichen Frage die Volksschule den höheren Schulen gleichzustellen. Bei der großen Mehrzahl der Lehrer sehen wir aber anstandslos ernste, sachliche Gründe voraus, die wir in folgenden Sätzen in et studio auf ihre Stichhaltigkeit hin untersuchen wollen. Denn es ist sozialdemokratischen Gemeindevertretern sehr wohl möglich, ihren Einfluß für oder wider die angeforderte schulorganisatorische „Reform“ in die Wagtschale zu werfen.

Für die Neuerung werden vornehmlich gesundheitliche Gründe ins Feld geführt. Durch die Zusammenlegung des Unterrichts werde der Nachmittag frei gemacht für eine ausgiebige körperliche Erholung. Gegenüber der einseitigen geistigen Anspannung während des mehrstündigen Unterrichts genüge die 2-3stündige Mittagspause nicht, und ein freier Nachmittag ermögliche die Betätigung des Kindes in Spiel, Sport und sonstigen Leibesübungen. Ferner sei durch die experimentelle Psychologie nachgewiesen, daß die geistige Aufnahmefähigkeit und Frische eines Kindes in der ersten Stunde des Nachmittagsunterrichts trotz der vorhergegangenen Mittagspause nicht einmal so groß sei, wie in der fünften Stunde des Vormittagsunterrichts. Auch wohl die langen Schulwege, die durch Fortfall des Nachmittagsunterrichts auf die Hälfte reduziert würden, werden als gesundheitsfördernd angeführt.

Neben diesen sanitären Gründen werden noch soziale und pädagogische angeführt. Als sozialer Grund muß sogar ein wenn auch verschämter Hinweis auf die bessere Ausnutzungsmöglichkeit der kindlichen Arbeitskraft bei völlig schulfreien Nachmittagen dienen (siehe „Neue Pädagogische Zeitung“, Nr. 10 dieses Jahrganges, Seite 78). Die pädagogischen Gründe fallen im allgemeinen mit den gesundheitlichen zusammen, besonders soweit sie eine mangelnde Aufnahmefähigkeit nachweisen wollen, die natürlich auch ein unterrichtliches Manko der Kinder im Gefolge haben müßte.

Was ist zu diesen Gründen zu bemerken?

Zunächst bejahen wir grundsätzlich die Frage, ob eine bessere und planmäßigere Berücksichtigung der körperlichen Erziehung durch die Schule in Zukunft anzustreben ist. Aber wir erklären das Mittel der Zusammendrängung des Unter-

richts auf den Vormittag für ein zur Erreichung dieses Zwecks völlig untaugliches und verfehltes. Wohl giebt die Schule den Nachmittag frei; aber sie übt nicht die geringste Kontrolle, ob der freie Nachmittag auch im Sinne einer zweckmäßigen körperlichen Betätigung von den Kindern angewendet wird. In dem bereits angezogenen Artikel der „Neuen Pädagogischen Zeitung“ wird mit begeisterten Worten das Turnen, der Sport, der Eislauf im Winter, das Bad im Sommer gepriesen. Sehr schön! Aber keinem Kinde wird der Eislauf oder das Bad dadurch ermöglicht, daß der Lehrer in dithyrambischen Worten beides preist, selbst aber um 11 oder 12 Uhr die Schule verläßt und sich um die Kinder während des ganzen Nachmittags nicht weiter kümmert.

Nicht auf eine Verkürzung des planmäßigen, geschulten Einflusses der pädagogischen Faktoren, der Schule und der Lehrer darf eine wirklich vorwärtsstrebende Pädagogik abzielen, sondern auf die von großen sozialen Gesichtspunkten geleitete Vermehrung und Vertiefung dieses Einflusses.

Das ist freilich ein Punkt, in dem wir uns direkt von den meisten Befürwortern der „ungeteilten“ Schulzeit unterscheiden. So schreibt die „Neue Pädagogische Zeitung“ in dieser Beziehung recht bezeichnend: „Für alles und jedes kann aber die Schule unmöglich Vorkehrungen treffen; denn sie ist eine Institution mit eigenen Zwecken, die in allererster Linie berücksichtigt werden müssen.“ Mit eigenen Zwecken? Es wäre uns sehr interessant, diese „eigenen Zwecke“ näher kennen zu lernen. Nach unserer Meinung hat die Schule keinen eigenen Zweck, sondern sie ist nur ein Mittel zu dem großen umfassenden sozialen Zweck, eine möglichst vollkommene Organisation der menschlichen Gesellschaft herbeizuführen. Für diesen Zweck thut die Schule in ihrer jetzigen einseitigen Verfassung allerdings herzlich wenig. Die bloße geistige Dreitur, roh garniert durch einen mehr als problematischen Religionsunterricht, trägt zur Heranbildung eines Geschlechts allseitig ausgebildeter Mitglieder der sozialen Gemeinschaft sehr wenig bei. Es fehlt der heutigen Schule gerade dasjenige, für das die Zukunftsschule das Rückgrat bilden wird: der Arbeitunterricht.

Gruppirt sich die Thätigkeit der Schule in Zukunft erst um die „Arbeit“, als um die Basis des gesellschaftlichen Zusammenhalts, so werden damit alle Klagen über ungenügende körperliche Betätigung der Kinder hinfällig, denn durch die Einfügung des Arbeitsunterrichts in seinen mannigfaltigen Gestaltungen — worauf hier natürlich nicht näher eingegangen werden kann — in den Organisationsplan der Schule wird dafür gesorgt, daß die nötige Abwechslung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit geschaffen wird und damit einer vorzeitigen Erschlaffung der Kinder in den rein geistigen Fächern vorbeugt.

Und diese Abwechslung wird den Zwecken der Schule dienen, geistige und körperliche Thätigkeit arbeiten hier Hand in Hand, ergänzen einander, greifen hier in einander ein. Durch die Zusammenlegung des Unterrichts auf den Vormittag wird dagegen die geistige Arbeit von der körperlichen in der schroffsten Weise geschieden, der alte Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit aufs neue wieder feierlich festgelegt

und der von der Erziehung der Zukunft von der Sozialpädagogik verlangte gegenseitige Wechselverkehr beider Faktoren innerhalb des Individuums wieder aufs neue erschwert.

Leider hat noch die vorletzte im Jahre 1900 in Köln stattgefundene deutsche Lehrer-Versammlung die Aufnahme des Handarbeitsunterrichts in den Lehrplan der Knabenschulen abgelehnt, allerdings gegen eine zahlenmäßig und qualitativ sehr starke Minderheit. Und ebenso ist auch der Hausunterricht für die Mädchenschulen, der die letzte in diesem Jahre in Chemnitz stattgehabte Lehrer-Versammlung beschäftigte, abgelehnt worden. Es ist das ein Beweis dafür, daß der alte liberale Geist, der die Schule uns als ein Instrument zur Entwicklung der geistigen Fähigkeiten des Kindes zu seinem höchstgelegenen persönlichen Gebrauch im „freien Spiel der Kräfte“ ansah, noch in der Lehrerschaft vorherrschend ist. Um so mehr ist es Aufgabe derjenigen, die auf sozialistischem Boden stehen, und die dementsprechend in dem Einzelnen nicht ein autonomes Ich, sondern ein Glied des gesellschaftlichen Ganzen und in der Schule nicht ein autonomes Institut „mit eigenen Zwecken“, sondern ein Organ im Dienste der sozialen Einheit sehen, allen Bestrebungen auf Wahrung oder gar Befestigung einer etwaigen Sonderstellung der Schule entgegenzutreten und alles zu fördern, was die Schule mehr wie heute zu einem lebendigen, kräftigen Glied des sozialen Gemeinschaftslebens und zu einem Hebel für den sozialen Fortschritt macht. Die Zusammenlegung des Unterrichts auf die Vormittagsstunden ist in seiner Tendenz gegen die bessere Verbindung der Schule mit dem sozialen Gemeinschaftsleben gerichtet und schon aus diesem prinzipiellen Grunde vom sozialistischen Standpunkte aus zu bekämpfen.

Aber selbst bei der heutigen Schulorganisation sprechen ein Anzahl praktischer Gründe gegen die beabsichtigte Neuerung, und wir wollen auch darauf mit einigen Worten eingehen für den Fall, daß sozialdemokratische Stadtverordneter auf sie angewiesen sein sollten.

Soziales.

Eine New-Yorker Glendstatistik.

Grauerregend ist es, so schreibt die „New-Yorker Volks-Zeitung“ über den erschienenen Jahrespolizeibericht von New-York für 1901. Wir lassen hier einen Auszug der Zahlen folgen, welche das soziale Elend einer Millionenstadt beweisen. Die Zahl der Verhaftungen betrug 133 749, gegen 132 805 im vorhergehenden Jahr, darunter 7480 wegen schwerer Verbrechen. Die Zahl der verhafteten Mörder und Totschläger betrug 403. Von den Arrestanten waren 107 629 Männer und Knaben und 26 120 Frauen und Mädchen; 49 684 Arrestanten waren verheiratet und 84 068 ledig; 3987 konnten weder schreiben noch lesen. Die größte Zahl der Verhafteten stand im Alter von 20—30 Jahren — 47 298, unter 20 Jahren waren 20 746.

Der Nationalität nach waren 67 103 der Arrestanten Amerikaner, 6170 Negler, 19 901 Irländer, 9206 Deutsche, 8020 Italiener, 7984 Russen, 2801 Engländer, 2749 Griechen und Türken, 2279 Oesterreicher, 1995 Norweger und Schweden, 865 Franzosen, 645 Ungarn, 164 Schweizer, 115 Chinesen,

Genilleton.

Nachdruck verboten.

Die Erbschleicherinnen.

Roman in zwei Bänden von Ernst von Wolzogen.

(78. Fortsetzung.)

Als die Tage über hatte sich Kathi mit Vorwürfen gequält, weil sie ihr Versprechen an Pastor Wertmeister noch nicht erfüllte. Es wollte einmal nicht gehen — sie brachte nicht einmal den Namen über die Lippen. Und ebenso hatte Lizzi die beiden Briefe, welche sie in diesen Tagen von dem Pastor erhalten, ängstlich vor Kathi verborgen. Daß er bei der Schwester gewesen war, wußte sie nicht und sie meinte, ihr den großen Schmerz ersparen zu müssen. Sie glaubte ihrer selbst sicher zu sein. Der stattliche Mann mit dem lebhaftesten Auge und dem schönen Organ gefiel ihr zwar sehr gut, und seine glühende Liebe, die nicht loder lassen wollte, schmeichelte ihrer Eitelkeit nicht wenig. Aber er war halt doch geistlich und sie weltlich — ach, so weltlich! Ein Pastor und eine Schauspielerin — daraus konnte ja nimmermehr etwas werden! Nein, nein, wenn der Pastor sah, daß es ihr mit ihrer Kunst Ernst war, ebenso wie mit ihrer Zurückweisung seines Liebeswerbens, so mußte er sich ja als gesitteter Mensch zufrieden geben, Kathi brauchte nie etwas davon zu erfahren und konnte in der Einsamkeit das Ideal ihres Mädchentraumes ungestört weiter hegen, bis es allmählich verblaßte und vielleicht einem andern Platz machen mußte. Es gab ja in diesen kleinen Städten fast immer einen netten, jungen Arzt — auch die Apotheker sollen manchmal sehr lebenswürdige Herren sein. Als Mündnerin war sie schon des in Norddeutschland so beliebten Dialektes wegen sicher, nicht unbedarft zu bleiben. In dieser Weise hatte Lizzi die Schwester wohl versorgt und glaubte damit ihr Gewissen beruhigen zu dürfen — was war denn nun das auf einmal!?

Lizzi sprang erschrocken auf die Füße, drückte Kathis Haupt an ihren Busen, streichelte sie zärtlich und sagte, halb scherzend, halb selbst zum Seelen geneigt: „Aber, o geh zu, bist wohl ganz närrisch, Du gute Seel, Du! Laß mir doch

den Pfarrer, aus'm Spiel — i mag'n ja gar net! Bei Gott, kannst m'r's glauben, i nehm' D'n net fort!“ Sie versuchte zu lachen, aber das Herz schlug ihr so rasch und heftig vor Mitleid mit der armen Schwester, deren Körper, vom heftigsten Schluhzen geschüttelt, jetzt an dem ihrem beste, daß ihr das Lachen kläglich in der Kehle stecken blieb.

Kathi vermochte nicht zu reden und so fuhr Lizzi noch ein kleines Weichen fort, ihr beruhigend über das Haar zu streichen. Dann ließ sie sie aus ihren Armen, half ihr aus dem achten, alten Wieder mit dem silbernen Gefchnür und sagte: „Geh, Herzerl, mach, daß D' uns Bett kommt — mei Rücken friert.“

Kathi ließ alles mit sich geschehen, und ein paar Minuten später steckten die beiden Schwestern bereits unter der Decke. Aber mit dem Gutenacht sagen und Stillesein ward nichts erreicht. Sie konnten alle beide so rasch keinen Schlaf finden. Und nachdem sie wohl eine Viertelstunde lang stumm dagesungen und Kathi sich ein klein wenig beruhigt hatte, begann sie von neuem am Ohr der Schwester zu flüstern: „S' glaub' Dir's schon, daß D's gut mein' ist, aber wenn i amal fort bin und Du hast'n hier ganz alleinig für Dich und er kommt immer wieder und laßt net aus mit seiner Lieb, nachher wirft's schon g'spüren, daß doch niru hilft, was m'r sich a vornimmt. Ich will Dir net gram sei, wirklich net, der allerbeste Mann war' m'r grad gut g'nug für Dich.“

„Aber woher weißt denn nur, daß er . . .“
„Er hat m'r's ja selber g'sagt und er hat mi bitt, daß i für ihn a Wörtl einlegen sollt bei Dir. S' hab's ihm versprochen, und siegt D' es, darum . . .“ Sie vermochte den Satz nicht zu vollenden.

Auch Lizzi war sprachlos, ins innerste Herz getroffen von so übermenschlicher Selbstlosigkeit. Sie kroch ganz nahe zu Kathi heran, schlang die Arme um sie und weinte an ihrem Hals wie ein großes Kind, das recht schlumm gewesen ist und es nun mit seiner gütigen Mutter wieder recht machen will.

Lange sprach keine der Schwestern ein Wort, und als endlich Lizzi sich wieder beruhigt und einen Entschluß gefaßt hatte, einen guten, braven Entschluß, da fand sie, daß Kathi inzwischen eingeschlafen war.

Am andern Morgen um neun Uhr wurden die Schwestern durch lautes Klopfen an der Thür geweckt. Heillos früh kam es ihnen vor, und das Aufstehen wurde ihnen sehr sauer. Lizzi sprang zuerst aus dem Bett und beeilte sich sehr mit ihrer Toilette.

„Weiß Du noch a bisserl liegen, Kathi, jagte sie. „Du hast ja alles fix und fertig packt, aber i muß noch . . .“

„Ja, was is denn jetzt dees, Du bleibst doch hier?“ rief Kathi erstaunt.

„Nein, i geh' scho mit,“ versetzte Lizzi sehr entschieden. „S' verlaß Dich net — red mir, heut nacht' hab i mir alles überlegt und jetzt weiß i, was i z'thun hab'.“ Der Pastor muß seh'n, daß i's ernst mein', sonst laßt er mir fei' Ruh mit seiner Lieb, und so schlecht bin i amal net, daß i meiner Schwester den einzigen Mann fortnimm, den i selber gern hab'n möcht'.

Nein, nein, was a d' Leut von mir sag'n mög'n, so schlecht bin i net.“ Und mit nervöser Gast suchte sie zusammen, was sich von ihren kleinen Gabseligkeiten noch herumtrieb, warf es bunt durcheinander, wie es gerade kam, oben auf in ihren Koffer, und dann schlug sie mit einem Knack den Deckel zu. „So, jetzt jan m'r fertig. Auf nach Pyritz!“

Kathi mochte einwenden, was sie wollte, Lizzi hörte auf nichts. Es war nur gut, daß die Majorin sich entschuldigen ließ, wenn sie nicht zum Vorschein komme. Sie fühlte sich wie zerklüftet und könne nicht aufstehen. Nieße glückliche Neise wünschen.

„Gott sei Dank!“ sagte Lizzi, „davor hab' i mi g'fürcht, jetzt schreib' i erst von Pyritz aus.“

Um dreiviertel zehn Uhr saßen die beiden Mädchen bereits in der Droschke. Aber just in dem Moment, wo der alte Schimmel anziehen wollte, sprang Bubi die steinernen Stufen hinunter und rief: „S'alt, halt, ich fahr' mit!“ Es half alles nichts. Er wollte sich's durchaus nicht nehmen lassen, die Damen zum Bahnhof zu begleiten. So mußten sie es denn dulden, daß er sich noch mit hineinquetschte.

Aber auf dem Bahnhof harrete Lizzis eine Ueberraschung, an die sie wahrlich nicht gedacht hatte. Nicht nur der Oberlehrer, der natürlich schon eine halbe Stunde lang mit dem Eisenbahnfieber des Kleinstädtlers ihrer geharrt hatte, sprang, leichtfüßig die Treppe hinunter ihnen entgegen, als sie aus-

112 Böhmen, 82 Spanier, 80 Holländer, 66 Cubaner, 62 Belgier, 6 Japaner und 2 Armenier.

Das größte Kontingent zu den Verhaftungen stellten die Tagelöhner (Laborers) mit 32 850, ohne Beruf waren 16 546, Hausarbeiter und Arbeiterinnen 13 384, Fuhrleute 6363, Clerks 5495, Hausfrauen 3399, Hausierer 4084, Verkäufer 2792, Kellner 2087, Schulfinder 2440, Dienstboten 2000, Schneider 1908, Schneiderinnen 9, Painter 1559, Bartender 1588, Butcher 927, Bäcker 786, Carpenters 1273, Cigarrenmacher 541, Grocer 618, Kaufleute 636, Geiger 513, Maurer 498, Agenten 885, Schauspieler 240, Schauspielerinnen 83, Barbier 655, Buchhalter 349, Schuhmacher 282, Malter 252, Bauunternehmer 208, Konduktoren 273, Seger 40, Konfektionäre 106, Hotelbesitzer 263, Wirte 514, Restaurateurs 156, Salesmen 1140, Lumpensammler 170, Rabbiner 5, Profittierte 17, Verleger 26, Kaufleute 269, Spirituosenhändler 390, Maschinisten 857, Motormen 436, Musiker 202, Ärzte 146, Pianomacher 98, Plumber 982, Polizisten 38, Preisbeger 4, Soldaten 139, Studenten 74, Blecharbeiter 349, Postler 148, Zeitungsjungen 480, Leierkastenmacher 36, Modelle 9, Apotheker 128, Journalisten 145, Elektriker 415, Zeichenbestatter 41, Köche und Köchinnen 878, Ingenieure 726, Vorleute 204, Zimmerleute 34, Gutmacher 142, Buchmacher 10, Eisenarbeiter 288, Sanitäre 305, Brauer 26 und 1 Coroner.

Es wurden 33 529 Personen nach Polizeistationen und Hospitälern gebracht, davon waren 8449 gestürzt oder gefallen, 9449 krank oder obdachlos, 2457 bei Prügeleien und Angriffen verletzt, 1998 zerquetscht, 1745 geschnitten, 1542 überfahren, 1441 von Fuhrwerken gefallen, 1267 hatten Krämpfe, 1187 Sonnenstiche, 894 litten an Trunksucht, 663 an Brand- und Brühwunden, 618 waren irrsinnig, 453 hatten Selbstmord versucht, 384 Frauen litten an Geburtswehen, 302 Personen waren erschossen, 270 gestochen, 236 waren ins Wasser gefallen, 18 von Hund gebissen und eine vergiftet.

Mögliche Todesfälle wurden 1969 gemeldet, davon 391 Personen auf den Straßen umgekommen, 367 ertrunken, 203 Leichen gefunden, 158 Ertrunkene, 179 tote Kinder und 9 Findlinge.

Die Polizeimannschaft bestand aus 7510 Personen, gegen 7426 im Jahre 1900.

Der Zusammenhang zwischen Unfall, Verbrechen und Armut ist durch diese Statistik aufs neue bewiesen.

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohnhöhen und Ausperrungen.
Maurer. In Luckenwalde ist der Streik seit Montag nach siebenwöchiger Dauer beendet. Die Forderungen der Arbeiter sind durch einen korporativen Arbeitsvertrag voll erfüllt worden. — In Stuttgart hat die Stadtverwaltung versucht, Verhandlungen zwischen den Maurermeistern und den Streikenden anzubahnen. Letztere erklärten sich ohne weiteres bereit, zu verhandeln. Die Unternehmer wollen aber nichts von Verhandlungen wissen, ehe die Arbeit nicht wieder aufgenommen ist. Die Streikenden, die einmütig zusammenhalten, denken gar nicht daran, diese Vorbildung zu erfüllen. — In Guben ist am Freitag der Streik ausgetreten, da die wegen der gestellten Forderungen mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen kein Resultat hatten.

Böfper. In Dresden bestehen in der Dfensfabrik Saxonia Differenzen, auch sind mehrfach Maßregelungen vorgekommen. Zugang ist deshalb zu vermeiden.

Fassadenputzer und Stuccateure. In Kiel suchen die Maurermeister durch Zeitungsannoncen und Bekanntmachungen Fassadenputzer nach dort zu locken, indem dauernde Arbeit zugesagt wird. Die Ausführung der

Fassaden lag jedoch bisher in den Händen der Maurer und diese stehen bekanntlich schon längere Zeit im Lohnkampfe. Diejenigen, die auf eine derartige Anzeige nach Kiel kämen, würden dort Streikbrecherdienste leisten müssen.

Buchbinder, Lebergalanterie- und Arbeiter und Portefeniller. In Budapest ist bei der Firma Hermann Burg wegen Maßregelung, verbunden mit einer Lohnforderung, ein Ausstand ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Bergarbeiter. In den Kohlenwerken von Unter-Neichenau und Wudingrün wurde die Arbeit bedingungsweise wieder aufgenommen. Auch die Belegschaft des Unionshaftes bei Neusattl hat die Arbeit wieder aufgenommen. — In Penafylva haben die Unterhandlungen mit den Leitern des Kohlenrubenarbeiter-Ausstandes und den Arbeitgebern zu dem Entwerfe eines Kompromisses geführt, welcher bereits dem Ausschusse der Grubenarbeiter zur Abstimmung vorlag und voraussichtlich zur sofortigen Beilegung des Ausstandes führen wird, da denselben die Führer selbst bereits im Prinzip angenommen haben. — In der Silbergrube Heryo bei Madrid wurde die Arbeit eingestellt, nachdem die Besitzer beschlossen hatten, von einer weiteren Ausbeutung der Grube abzusehen.

Krankenhaus-Angestellte. In Bologna (Italien) sind die Wärter des Central-Krankenhauses in eine Bewegung eingetreten, um einen Ruhetag zu erlangen. Nach dem neuen Reglement sollten sie nach drei sehr lang ausgedehnten Arbeitstagen von 1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr freierhalten. Die Wärter haben dies Anerbieten abgelehnt; sie verlangen nach je drei Tagen Dienst Freizeit von mittags 1 Uhr bis zum nächsten Morgen 7 Uhr.

ac. Einen Bauern- und Landarbeiterkongress beruft die belgische sozialistische Partei für den 13. Juli nach Mons ein. Solche Kongresse, auf denen Bauern und Landarbeiter Zutritt haben und auf welchen agrarische Fragen diskutiert werden, arrangiert die belgische Partei in jedem Jahre. Auf der Tagesordnung des diesjährigen Kongresses steht u. a.: Die Lage des Ackerbaues in Belgien; das neue Jagdgesetz und seine Folgen; die Zuckerrübenproduktion und die Gesetzgebung betr. die Zuckerindustrie; die Organisation der Bauern; die Agitation auf dem Lande und die Landarbeiterpresse der Partei.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. Juli 1902.
— **Der Sozialdemokratische Verein für Magdeburg und Umgegend, Bezirk Neustadt,** veranstaltet am Sonnabend, den 12. Juli, in der „Krone“ wieder eine Mitglieder-Versammlung, da durch das Eingreifen der Polizei die letzte Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins ihre geschäftlichen Angelegenheiten nicht erledigen konnte. Wir erwarten, daß als Antwort auf diese Maßregel die Parteigenossen dafür sorgen werden, daß die Versammlung noch besser besucht werden wird wie die vorige. Es wäre bedauerlich, wenn die Behörden sich damit rühmen könnten, daß sie uns eine Versammlung gestört haben; im Gegenteil müssen wir beweisen, daß jede Auflösung unsere Agitation neu belebt. — Das Referat für diese Versammlung ist dem Genossen Marwald übertragen worden.

— **Ferien!** Wie nett das klingt und mit welcher Sehnsucht so viele Menschenkinder den Zeitpunkt herbeijehnen, wo sie auf einige Wochen oder gar Monate hinausziehen können in die Berge und Wälder, um sich zu erfrischen und Kräfte zu sammeln für das eintönige Einerlei des Kampfes um das bishigen Existenz. Und doch — wie glücklich kann sich

derjenige schämen, sei er Beamter, Lehrer oder sonstiger Angestellter, der überhaupt in der Lage ist, eine Ferientour unternehmen zu können und sei es auch nur unter Aufsehung der größten Einschränkungen, gegenüber den vielen Tausenden, ja Millionen, die Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr um Jahr in den Trekmühlen des Kapitals um wenige Silberlinge fronden müssen, ohne etwas weiteres zu Gesicht zu bekommen, als ihre unfreundliche Arbeitsstelle oder ihr zumeist ebenso ungemütliches Heim. Für den Beamten, Lehrer usw. bildet die kurz bemessene Ferienzeit einen Lichtblick in das sonst ebenfalls trostlose Dasein. Der Fabrikflave, der Lohnarbeiter schlechthin, kennt eine Abwechslung nach dieser Richtung hin überhaupt nicht. Er kann höchstens seine Kinder während der Zeit der Ferien an die Hand nehmen und mit ihnen einen kurzen Spaziergang machen, wobei schon vorher beschlossen wird, daß es kein Geld kosten dürfe. Nachdem selbst die Garzahrten eine derartige Preiserhöhung erfahren haben, daß es sogar den besser bezahlten Arbeitern nicht mehr möglich ist, sich eine Partie in die Berge leisten zu können, ist auch diesen Kreisen die letzte Gelegenheit zu einer Ablenkung — wenn auch nur auf einen Tag — genommen. Das zunehmende Bedürfnis, wenigstens einige Wochen im Jahre fern von dem Getriebe der Großstadt zu verbringen, bricht sich mehr und mehr Bahn und kann als ein erfreuliches Zeichen angesehen werden. Nur schade, daß diejenigen, denen die Ruhe und Erholung am ehesten notwendig ist, die Arbeiter, dank unseres traurigen Wirtschaftssystems keine Ferien erhalten.

— **Zum Arbeitswilligenschuh.** „Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ betitelt sich eine ca. 400 Namen umfassende Liste von streikenden Zimmerern, die der Arbeitgeberverband für das Maurer- und Zimmergewerbe zu Posen und Umgegend an den Vorstand des Magdeburger Arbeitgeberverbandes geschickt hat. Welche Güte die Unternehmer in Posen mit der Verschwendung der schwarzen Liste gehabt haben, geht daraus hervor, daß sie vor Abschickung der gedruckten Liste eine solche mit geschriebenen Namen nach hier gelangen ließen. Für den späteren Beurteiler unserer Zeit werden diese schwarzen Listen einen kostbaren Beleg dafür bieten, wie von seiten der Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter geschützt wurde.

— **Warnung vor einem Schwindler.** Seit ungefähr vier Wochen treibt hier ein gewisser Schwartz, angeblich ein Kaufmann aus Linden bei Hannover, sein Spiel. Nachdem der Betreffende im „Hotel Bismarck“ circa drei Wochen gewohnt hatte, verduftete er unter Hinterlassung einer Schuld von annähernd 50 Mark. Auf besondere Empfehlung eines Annoncenacquisiteurs der „Neuesten Nachrichten“ bezog Schw. ein möbliertes Zimmer im Neuenweg. Hier schien es dem Hochstapler aber ebenfalls nicht zu behagen, da ihm die Wirtin, gewirgt durch ähnliche Vorkommnisse, nicht genügend Kredit gab. Unter Mitnahme eines Spiegels verschwand er auch hier, um daselbe Manöver in der Fürstenstraße zu wiederholen. Mit dem Bezahlen der Besche scheint es der „Herr“ auch nicht so genau zu nehmen, da er in einer seiner Wohnungen von einem Kellner eines hiesigen Varietee-Theaters gesucht wurde. Die Zimmervermieter und Vermieterinnen mögen vor diesem Schwindler, der vorgibt, jeden Tag eine größere Summe Geldes zu erwarten, auf der Hut sein.

— **Gesetzverächter.** Am Sonntag vormittag betrat ein Schutzmann einen Bäckerladen in der Altstadt und fragte die Kundin bedienende Meisterin: „Wird hier noch gearbeitet?“ Darauf die Meisterin mit abgewandtem Gesicht und sehr leise: „Nein!“ Der Schutzmann: „Erlauben Sie, daß ich mich überzeuge.“ Die Meisterin: „Hier, bitte.“ Die Meisterin zu den Kundinnen im Laden, als der Schutzmann durch eine Thür verschwunden ist, um in der Werkstatt nachzusehen: „Jetzt fallen wir wieder einmal herein. Es ist schrecklich. Wir haben so sehr viel zu thun. Wir wissen gar nicht, was wir anfangen sollen.“ Eine Kundin: „Was man nicht thun darf, muß man eben lassen. Stehlen, rauben, morden ist auch verboten.“ Die Meisterin: „Das weiß ich. Aber arbeiten ist doch nichts Schlimmes.“ Die Kundin: „Es ist verboten, also muß es doch etwas ganz Schlimmes sein.“ Eine Dame (die sich jedoch ihr Frühstück selbst holt): „Es ist doch aber schrecklich, daß man heutzutage in seinem eigenen Hause nicht einmal mehr thun und lassen kann, was man will.“ Der Schutzmann kommt aus der Werkstatt mit Notizbuch und Bleistift in der Hand und geht auf die Straße. — Ob die Dame, die ihr Frühstück selbst holt, wohl noch dieselbe Meinung haben würde, wenn sie einmal bei einem Bäcker als Dienstmädchen ihr Brot verdienen müßte und dann im Winter, notdürftig bekleidet, frühmorgens bei eisigkaltem Wind, Schnee, Eis, Tauwetter und Regen den schweren Frühstückskorb von Haus zu Haus, Trepp auf und Trepp ab Tag für Tag tragen müßte? Unsere Leserinnen aber bitten wir, uns oder der Polizei mitzuteilen, wo es Bäckermeister giebt, die so unchristlich sind, daß sie ihre Leute zwingen, zu einer Zeit zu arbeiten, wo es das Gesetz nicht gestattet.

— **Unter die Räder** eines Wagens der Mineralwasserfabrik von Stella u. Variisch geriet am Montag abend gegen 8 Uhr an der Ecke der Großen und Kleinen Münzstraße ein Radler, welcher in scharfem Tempo gefahren kam. Ohne Verletzungen kam der Leichtfertige davon, jedoch bot das Rad einen trostlosen Anblick. Unter einigen Kraftandrücken nahm der „Stahlreiter“ sein Roß auf den Rücken und zog leidtragend ab. Den Rutscher trifft keine Schuld! —

— **Ein Wasserrohrbruch** entstand am Montag nachmittag auf dem Breitenweg vor dem Grundstück Nr. 108 am alten Kränthor. Durch die Unterspülung des Fußsteiges hatte sich dieser auf ca. 5 Meter Länge gesenkt. Die Reparaturarbeiten wurden sofort aufgenommen.

— **Wieder eingestekt** ist bis auf weiteres der Automobilverkehr zwischen Groß-Öttersleben und Magdeburg. Ein Kurbelwellenbruch am Motor des Omnibusses

dem Wagen stiegen, sondern da eilten auch noch von rechts und links zwei andre Herren auf sie zu, gleichfalls mit Blumensträußen, aber größeren Formates bewaffnet. Das war Pastor Werkmeyer, der gestern früh den Junker Rudi auf der Straße abgepaßt und ihm die niederstreichende Nachricht von der geplanten Flucht entlockt hatte und — Herr Krasjowich von Remes-Bann, dem Lizzi selbst ein paar freundliche Abschiedszeiten geschriecken hatte.

Allgemeines Erstaunen, allgemeine Verwunderung und allgemeine Verlegenheit. Stille War Bubi, daß er der einzige sein mußte, der ohne Strauß erschienen war. Die Anwesenheit des Serben bedrückte den Pastor sichtlich, und die Anwesenheit des Pastors ärgerte den Serben. Bubi Augen bligten Dolche gegen beide — denn bei dieser letzten traurigen Gelegenheit wenigstens hatte er sicher gehofft, der einzige zu sein. Lizzi selbst lächelte ein wenig dümmlich von einem zum anderen und steckte ihre Nase fortwährend in die schönen Blumen, um ihre Verlegenheit zu verbergen. Die arme Kathi konnte beim Anblick ihres still Geliebten, der natürlich nur für Lizzi Augen hatte, ihre Thränen kaum zurückhalten. Nur der Doktor Hartmann war in besser Laune. Er sprang davon wie ein Jüngling, um die Fahrkarten und das Gepäck zu besorgen, und als sie dann alle sechs auf dem Bahnsteig dem Wagen zumandeln, da flüster er der Kathi vergnügt zu: „Großartig, was? Der Versammlung sämtlicher Ziehhaber nebst obligatorischer Blumenabgabe. Jöjes, nein — gerade, wie wenn eine berühmte Künstlerin abreist.“

Lizzi genierte sich ein wenig vor Herrn von Krasjowich, weil sie dritter Klasse fuhr. Aber als sie erste glücklich ihren Platz gefunden, ihr Handgepäck verstaubt und die Schaffner die Thüren zugeschlagen hatten, da sagte sie wieder Mut und begann sogar ein wenig den trübseitigen Humor der Situation zu genießen. Sie heugte sich zum Fenster hinaus, wünschte dem Krasjowich alles Glück zu seinem nun nahe bevorstehenden Examen, lud den Pastor ein, sie doch einmal in Paris zu besuchen, und im letzten Augenblick hieß sie sogar den Bubi auf das Triebwerk klopfen, um einen schwererfüllten Abschiedskuß in Empfang zu nehmen. Der arme Kerl schaute zwar juchend verärgert und nichts weniger dem appetit-

reißend aus, aber diese Gemüthung glaubte sie ihm doch schuldig zu sein.

Bubi streifte seine beiden Nebenbuhler nur so ganz obenhin mit einem Blick, aber in diesem Blick lag eine Welt von Stolz und Seligkeit — denn Gregor und der Pfarrer erhielten nur Händedrucke!

Und dann ertönte die Trillerpfeife des Zugführers. Die Maschine zog an. Da verjette Lizzi der Kathi einen leichten Kuß und flüsterte ihr zu: „Du, g'schwind, jetzt schau Dir'n noch amal an.“

Und Kathi steckte gehoriam den Kopf zum Fenster hinaus und winkte mit feuchten Augen zurück. Dann drückte sie sich in ihre Ecke und that, als ob sie schlafen wollte.

Lizzi mußte doch noch einmal hinausschauen, und da flogen mit einem Ruck drei weiße Bücher aus den Taschen und wurden heftig geweht, so lange der Zug in Sicht blieb. So, das war nun also ausgestanden! Mit einem leichten Seufzer setzte sie sich wieder. Der gute Doktor tätschelte ihr väterlich die Hand. „Na, Herzweh, Lizzichen?“ fragte er, freundlich lächelnd.

„D nein,“ wehrte sie eifrig ab: „s is mir nur a bißl, i weiß net recht wie — so sad.“

„Wieviecht eine Schinkenstulle gefällig? Als praktischer Mann habe ich auch daran gedacht. Was kann das schlechte Leben helfen!“

„Na, i dan? recht schön,“ sagte Lizzi, und da gruben sich auch schon ihre weißen Zähne kräftig in das Butterbrot hinein. „Du, Kathi, magst net a was? Du hast a niz zum Kaffee 'geffen.“

„I kann net,“ sagte Kathi ganz leise und deckte eine Hand über die Augen.

„Gamm, der Schinken is sei gut!“ (Fortsetzung folgt.)

Weiteres.

Aus dem „Simplicissimus“. Katholischer Pfarrer: „Über Marie, jetzt haben S' bis wieder d' Wäp'wäp'ig' wäp'ig' u! je berien net länger seben, als bis ma an Vaterunser sei!“ — Dienstmagd: „Hochwürden, i hob halt so a langsame Aussprach!“ — Pfarrer: „No ja, wacha kum S' halt in Kuchd's Namen an protestantischen Vaterunser!“

lichen Glaubens sind, aber nicht mit denen, die sich nicht ge- scheut haben, das Ministerium Waldeck-Rousseau während der Wahlen als Ministerium des Auslandes zu behandeln. Mit diesen Leuten können wir uns um keinen Preis verständigen. Wenn meine politische Meinung radikaler Richtung ist, so kommt dies daher, daß ich als Direktor der staatlichen Munitionsfabriken in Vincennes die Erfahrung gemacht habe, wie häufig man bei den Arbeitern Beispiele von Opferwilligkeit, Selbstlosigkeit und edelster Gesinnung findet. —

Südamerika.

Entscheidende Kämpfe

scheinen auf dem venezolanischen Kriegsschauplatz bevorzu- stehen. Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Curacao meldet, berichtet ein Telegramm aus Caracas: Der Präsident Castro verläßt Caracas morgen, um den Oberbefehl über ein in Valencia zusammengezogenes Heer zu übernehmen und den Aufständischen unter Mendoza gegenüberzutreten. Während der Abwesenheit Castros übernimmt General Vicenti Gomez die Vertretung des Präsidenten. —

Südafrika.

Louis Botha

ist nach Meldungen aus Kapstadt mit seinem Sekretär und Delarey in Pietermaritzburg eingetroffen. Sie beabsichtigen, sich mit Christian Dewet nach England zu begeben und dann eine Reise durch Europa und Amerika anzutreten, um Gelder für die Buren zu sammeln. Botha erklärte, er sei im Be- griffe, eine Geschichte des Krieges, unter Mitwirkung der Burenführer, zu verfassen. —

Kleine politische Nachrichten. Die britische Regierung befürwortet die baldige Einberufung des Kap-Parlaments. — Die australische Bundesregierung beschloß, sich der Brüsseler Juden- konvention nicht anzuschließen. Sie hat Chamberlain von diesem Ent- schluß in Kenntnis gesetzt. — Die nachträgliche Krönung König Edwards von England ist in Aussicht genommen. — Bei den Gemein- dewahlen in den städtischen Orten bei Rom wollten die unterlegenen Sozialisten das Rathaus stürmen; dabei wurden elf Carabinieri und viele Tumultuanten verwundet. — Die Beilegung des noch schweben- den diplomatischen Konflikts zwischen Italien und der Schweiz ist durch eine Vermittlung Deutschlands in die Wege geleitet. — Die französische Deputiertenkammer hat die gesamte Steuervorlage mit 503 gegen 16 Stimmen angenommen. —

Aus der Parteibewegung.

Reichstags-Kandidatur. Für den Wahlkreis Mar- burg-Kirchheim wollen die Parteigenossen den Schriftsteller Paul Bader — unseren früheren Chefredakteur — als Kandidaten aufstellen. Derselbe war früher in Marburg anständig. Bei der letzten Reichstagswahl war in Marburg der Genosse Liebknecht als Pöhlkandidat aufgestellt. —

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Gaase, der als Redakteur der polnisch-sozialdemo- kratischen „Gazeta Robotnicza“ den Erzpriester S. in Katto- witz beleidigt haben soll. In der Hauptverhandlung war der Angeklagte, gegen den der Beleidigte als einziger Zeuge fun- gierte, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 5. Juli 1902.

Fahrlässige Körperverletzung. Der Fleischermeister Oskar Meyer überfuhr ein 2½ Jahre altes Kind. Er wird zu 100 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. —

Körperverletzung. Die Verhandlung gegen den Arbeiter Sterling aus Groß-Germersleben wird vertagt, weil ein Zeuge nicht erschienen war. Der säumige Zeuge wird zu 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tagen Haft verurteilt. —

Eine Berufungssache von Fr. Sterz aus Thale wird behufs Ladung zweier Zeugen vertagt. —

Staatsgefährliche Turnerei.

W. Der Arbeiter-Turnverein Jahn in Kiel hielt am 9. Oktober 1901 eine Versammlung ab, zu der auch die be- nachbarten Arbeiter-Turnvereine eingeladen worden waren, um gemeinsam mit diesen darüber zu beraten, ob nicht — und wie am besten — die Arbeiter-Turnvereine an der Kieler

Schärfe durch einen näheren Zusammenschluß einen größeren Einfluß gegenüber der „Deutschen Turnerschaft“ gewinnen könnten. Redakteur Adler aus Kiel hielt das Referat. Natür- lich hatte man die Versammlung nicht bei der Polizei an- gemeldet, da man unmöglich das Vorliegen der Anmelde- pflicht gemäß § 2 des preussischen Vereinsgesetzes annehmen konnte, fernermalen die Vergrößerungsversuche von Turn- vereinen keine öffentlichen Angelegenheiten sind. Polizei und Staatsanwaltschaft dachten aber anders. Der Vorsitzende Greß erhielt eine Anklage wegen Uebertretung des § 1 des Vereinsgesetzes, weil die Versammlung eine Erörterung öffent- licher Angelegenheiten bezweckt habe und deshalb der Polizei- behörde hätte angemeldet werden müssen. Der Angeklagte wurde jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht Kiel frei- gesprochen, worauf die Staatsanwaltschaft mit folgender, un- erreicht eigenartiger Begründung Revision einlegte: Es ständen sich hier zwei Verbände von Turnvereinen gegen- über, die „Deutsche Turnerschaft“ und der „Arbeiter-Turn- bund“. Erstere schließe die organisierten Arbeiter aus, letzterer nehme sie auf. Daraus gehe hervor, daß die Mit- glieder der Arbeiter-Turnvereine in der Mehrheit Sozial- demokraten seien; und weiter sei zu folgern, daß diese Vereine nicht mehr bloße Turnvereine seien, sondern auch politische Zwecke verfolgten. Andererseits umfasse die „Deutsche Turnerschaft“ das patriotische, staatsbehaltende Element. Wenn nun die mehr oder minder der Sozialdemokratie ver- fallenen Arbeiter-Turnvereine in einer Versammlung Stellung nehmen gegen die Konkurrenz der anders ge- sonnenen „Deutschen Turnerschaft“, dann habe dieser Kampf ein öffentliches Interesse, sei eine öffentliche Angelegenheit, und diese habe in jener Versammlung erörtert werden sollen. So die Staatsanwaltschaft in Kiel und der Ober-Staats- anwalt am Kammergericht. Außerdem verwies die Staats- anwaltschaft noch auf Zeitungsaufrufe, aus denen sie schließt, daß die Arbeiter-Turnvereine die Turnerei dem Klassenkampfe dienstbar machen wollten. — Das Kammer- gericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Der Angeklagte sei mit Recht freigesprochen worden. Das Turnen an sich werde noch nicht dadurch zu einer öffentlichen An- gelegenheit, daß es im gewerblichen oder sonstigen öffentlichen Leben dem Nutzen der Allgemeinheit dienen solle. Über- dings unterliege ein Turnverein dann den Bestimmungen des Vereinsgesetzes, wenn er neben dem Turnen, und vielleicht unter dem Deckmantel des Turnens, zugleich bestimmte politische Anschauungen vertreten und bestimmte politische Zwecke verfolgen wolle. Aber selbst eine Versammlung eines solchen, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckenden Vereins brauche nur dann angemeldet werden, wenn in dieser Versammlung selber öffentliche (soziale und politische) Angelegenheiten erörtert werden sollten. Das Kammergericht könne nun, im Gegensatz zum Ober-Staats- anwalt und in Uebereinstimmung mit dem Landgericht, einen solchen Zweck der Versammlung vom 9. Oktober 1901 nicht annehmen. Ohne Rechtsirrtum habe das Landgericht Kiel festgestellt, daß die oben angegebene Tagesordnung der Versammlung lediglich Vereinsangelegenheiten betroffen habe und daß in der Besprechung der Frage, wie die Ar- beiter-Turnvereine einen größeren Einfluß gegenüber der „Deutschen Turnerschaft“ gewinnen könnten, nicht eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten zu sehen sei. Dem- nach sei die Anmeldung der Versammlung zu Recht unter- lassen worden. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold“, Depeschen-Bureau.)

Eine Sünderin als Beschwoester!

Rom, 8. Juli. Hier tritt neuerdings das Gerücht auf, daß die Königin Natalie von Serbien demnächst in ein Frauenkloster eintreten wird. — In ganz Mittel- und Ober-Italien herrscht enorme Hitze. (Soll die Hitze etwa zu solchem Entschlusse der Königin den Anlaß ge- geben haben, oder war der Empfang beim „heiligen Vater“ so wirksam?) —

Budapest, 8. Juli. Zwei Wiener Touristen, die einen Ausflug in das Lattengebirge unternommen, wurden in der Nähe des Gorb-Sees von slovenischen Bauern über- fallen und ihrer gesamten Habe, sogar ihrer Kleider beraubt. Es gelang der Gendarmerie, die Räuber ausfindig zu machen.

Wrest, 8. Juli. Der verhaftete Russe, in welchem man einen Attentäter gegen die Pulvertürme ver- mutet, ist von der Polizei einem langen Verhöre unterzogen worden; er erklärte, er sei hilflos, jedoch habe er sich nur in den Straßen verirrt und sei unbewußt in die Nähe der Pulvertürme gelangt. Nachdem man über ihn Erkundigungen auf dem Dampfer, mit welchem er nach Wrest gekommen war, eingelesen hatte, wurde er wieder in Freiheit ge- setzt. —

New-York, 8. Juli. Ein Telegramm aus Willem- stadt berichtet, daß die Aufständischen unter dem Befehl des Generals Rolando 3000 venezolanische Truppen unter General Modesta und Präsident Castro am 3. d. M. zwischen Barcelona und Aragua geschlagen haben. Die Re- gierungsstruppen verloren sämtliche Munition und Montierungs- stücke, viele gingen zu den Aufständischen über. In der Stadt herrschte große Panik, in den Straßen wurden Barrikaden errichtet. Präsident Castro mit 500 Anhängern ist nach Sagaeira abgegangen und wird von dort nach Barcelona weiter reisen, wo er neue Truppen sammeln wird.

Sofia, 8. Juli. Das bulgarische Grenzkommando in Dobris meldet amtlich dem Kriegsminister, daß zwischen der rumänischen Grenztruppe und macedonischen Flüchtlingen, welche die Grenze überschreiten wollten, ein förmlicher Kampf stattgefunden habe, wobei zwei macedonische Bul- garen erschossen worden seien. —

Frankfurt a. M., 8. Juli. Die „Frkf. Ztg.“ meldet aus Düsseldorf: In der gestern hier abgehaltenen General- versammlung des Verbandes deutscher Müller wurde auf Antrag des Mühlenbesizers Schiller aus Pippstadt, nachdem er die Behandlung der Mühlenberechtigten in Pippstadt seitens der königlichen Generaldirektion geschildert hatte, fol- gende Resolution angenommen. Der Verband deutscher Mühlenbesizer ist beauftragt um die Rechte seiner Mitglieder im Königreich Preußen und bittet das königliche Staats- ministerium, die Loslösung der Wasserangelegenheiten vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten nicht vorzunehmen, im Falle einer notwendigen Loslösung aber die Verweisung der Wasserbauangelegenheiten an das Ministerium für Land- wirtschaft zu unterlassen und statt dieser Ueberweisung ein Ministerium für Wasserbauangelegenheiten einzurichten. —

Auslandsnachricht.

Chicago, 8. Juli. 8—9000 Eisenbahnarbeiter, welche wegen Nichtbewilligung einer Lohnerhöhung in den Ausstand getreten sind, verhindern das Beladen der Wagen, so daß deren Trans- port große Verspätungen erleidet. —

Konstantinopel, 8. Juli. Bei der Ankunft der fran- zösischen Automobilfahrer in Wagna-Louka fuhr der Wagen der Baronin Rothschild in die angefallene Menschen- menge, wobei eine Panik entstand. Die Baronin Roth- schild fiel in Ohnmacht, sonst ist kein weiterer Unfall zu verzeichnen. —

Paris, 8. Juli. (Fig. Drahtb.) Der Marineminister Pelletan ließ die Direktoren der Schiffswerften des Mittelmeeres und der Gironde zu sich berufen und hat von ihnen die Verzichtleistung auf mehrere größere Schlachtschiffe, welche der frühere Marineminister den Werften in Bestellung gab, verlangt. Dieses Verlangen wurde von den Werftdirektoren abgelehnt, jedoch ist der Minister ent- schlossen, unter allen Umständen diese Verzichtleistung zu verlangen. —

Paris, 8. Juli. (Fig. Drahtb.) Im heutigen Ministerrat wird Rouvier das Projekt der Konversion der französischen Rente den übrigen Kabinetts- mitgliedern zur Gutheißung vorlegen. Das Projekt wird alsdann dem Parlament in der heutigen Kammer Sitzung unterbreitet werden. —

Paris, 8. Juli. (Fig. Drahtb.) Das Blatt „Marcelle“ meldet aus St. Zeit, daß an Bord des Dampfers „Brian“ die Cholera ausgebrochen ist. 4 Matrosen sind bereits gestorben, 20 andere erkrankt. —

Kaiserstr.
20

Warenhaus S. Pincus

Kaiserstr.
20

Nur Mittwoch und Donnerstag, den 9. und 10. Juli cr.:

Grosse Blousen-Tage 2 Tage!

So lange der Vorrat reicht:

Damen-Blousen Stück von 50 Pf. an.

Blousen-Hemden Stück von 75 Pf. an.

Unerreicht billig sind ein grosser Partieposten:

Weisse Mull-Blousen-Hemden

Stück von 1.50 Mk. bis 2.50 Mk.

Untertailen Stück 75 Pf.

